

Keine und Legien gegen Parteizerstörer.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Reichstagsabg. Legien wendet sich in den „Soz. Monatsheften“ gegen die Parteizerstörer. Er skizziert deren Treiben wie folgt:

Was sich in den letzten Wochen in der sozialdemokratischen Partei gezeigt hat, ist nicht mehr ein sachlicher Austrag von Meinungsverschiedenheiten, sondern ein organisierter Versuch unter Ausnutzung der durch den Krieg gegebenen außerordentlichen Verhältnisse die Mehrheit unter dem Willen der Minderheit zu beugen. Da wird von Parteimitgliedern eine Monatschrift zu dem Zweck herausgegeben, die Fraktionsmehrheit zu bekämpfen. Die Gründung des Blattes erfolgt in dem Bewußtsein, daß es nach seinem Erscheinen verboten werden wird. In der gleichen Voraussetzung werden Flugblätter verbreitet. Es ist bedauerlich, daß die Maßnahmen der Zensur nicht kritisiert werden dürfen. Es würde sich sonst leicht nachweisen lassen, daß die Herausgeber solcher Schriften eine unbändige Freude über die Verbote haben müssen. Es ist dann ja so leicht zu sagen: Wir, die Minderheit, dürfen unsere Meinungen nicht zum Ausdruck bringen, wogegen die Mehrheit trotz Zensur alles gegen uns sagen darf.

Sodann beschäftigt sich Abg. Legien mit seinem Fraktionsvorsitzenden Haase:

„Ihm wurde mit dem höchsten Ehrenamt der Partei auch die Verpflichtung übertragen, für die Einheit der Partei einzutreten und unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Mehrheit zur Anerkennung und Durchführung gelangen. Niemand kann gegen seinen Willen und gegen seine Ueberzeugung zu einer Handlung gezwungen werden. Wenn man jedoch diesen seinen Willen in den Verhandlungen der Körperschaft, der die Leitung der Partei übertragen ist, ausdrückt und durch Abstimmung bekräftigt, näher jedoch in der Öffentlichkeit den Anschein erweckt, als stünde man im Gegensatz zu der Auffassung dieser Körperschaft, dann liegt zum mindesten Mangel an Tatkraft vor. Der Parteivorstand gab gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Friedenskundgebung vom 26. Juni, die zum Verbot des „Vorwärts“ geführt hat, bekannt, „daß eine solche Kundgebung bereits am 7. Mai vom Parteivorstand einstimmig beschlossen worden ist“. „Von diesem Beschluß ist am 15. Mai einer Konferenz der Parteiredakteure und Ende Mai der Reichstagsfraktion Kenntnis gegeben worden. Die Ausführung des Beschlusses wurde dann aber (und zwar ebenfalls auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes) zunächst vertagt wegen des Eingreifens Italiens in den Krieg.“ Eine solche Feststellung ist bitter für den Vorsitzenden des Parteivorstandes, der ein Manifest veröffentlichte, nach dem man annehmen mußte, daß der Vorstand erst durch dieses zu einer Handlung gezwungen werden sollte, die der Vorsitzende für notwendig hielt, jedoch auf anderem Weg nicht durchsetzen konnte.“

Legien schließt seine Anklage gegen die „Parteizerstörer“ mit der Mahnung an die Gewerkschaftsvertreter, sich etwas mehr um die Parteiangelegenheiten zu kümmern.

Auch der sozialdemokratische Reichstagsabg. Wolfgang Heine geht in den „Sozial. Monatsheften“ gegen die „Parteizerstörer“ oder, wie er sagt, „Parteiretter“ vor: in einem Artikel „Die deutsche Sozialdemokratie im deutschen Volk“. Er hebt hervor, daß er schon im Februar in seiner Broschüre „Gegen die Quertreiber“ gesagt habe, auf die Frage, wie die Partei in der Gefahr des Vaterlandes sich hätte anders verhalten sollen, seien nur zwei Antworten denkbar: Entweder das Eingeständnis, daß es nicht möglich ist, eine andere Stellung zum Krieg zu finden oder aber ein Bekenntnis zu Hoffnungen und Aussichten, die, wirklich ungeschminkt ausgesprochen, die Empörung und Verachtung des ganzen Volkes, gerade auch der Arbeiter, entfachen würden, dergestalt, daß jeder, der sie äußerte, fürchten müßte, gelyncht zu werden. Heine schreibt: „Inzwischen haben einzelne Leute wirklich solche Bekenntnisse abgelegt.“ Mit der Erklärung des Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden“ ist Abg. Heine nicht durchweg einverstanden, namentlich wegen der Gefahr dieser Erklärung auf dem Gebiet der inneren Politik. Die Erklärung des Parteivorstandes schaffe einen scheinbaren Gegensatz zwischen der

Sozialdemokratie und dem übrigen Volk, ohne daß die Sozialdemokratie in der Lage wäre, zu sagen, was sie wolle. Das bringe die Partei in eine schiefe Lage. Heine sagt zum Schluß:

Eine Sozialdemokratie, der in dieser gefährlichen Zeit mehr an der Zufriedenheit der Feinde Deutschlands in der Internationale als an den Interessen des eigenen Vaterlandes zu liegen schiene, würde nicht darauf rechnen können, die Führung des deutschen Volkes beim Frieden und nach dem Frieden zu besitzen. In der Gegenwart könnte deshalb nichts Schlimmeres geschehen, als wenn die Sozialdemokratie sich vom Deutschen Reich trennte.

Mar Schippel führt auf Grund zahlreicher Äußerungen aus sozialdemokratischen Blättern den Nachweis, daß die sozialdemokratische Presse „mit recht verschwindenden Ausnahmen keineswegs gewillt ist, sich durch eine noch so wohlorganisierte Minderheit ohne weiteres einschüchtern und zum alten Impassibilismus zurückdrängen zu lassen“.